Antrag

der Fraktion der AfD

und

Stellungnahme

des Ministeriums der Justiz und für Migration

Abschiebungshaft und Abschiebehaftanstalt Pforzheim

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

I. zu berichten,

1. ob in Baden-Württemberg die Ausländerbehörden für die Beantragung von Abschiebungshaft und Ausreisegewahrsam zuständig sind;
2. wenn Ziffer 1 bejaht wird, welche Stellen innerhalb der Ausländerbehörden die juristische Kompetenz für die Beantragung dieser Haftarten beim zuständigen Gericht haben, ob es ggf. spezialisierte Mitarbeiter gibt;
3. wie oft in den Jahren 2020 bis 2022 jährlich von Abschiebehaft Gebrauch gemacht wurde bzw. wie viele Abschiebehaftanträge gestellt wurden und wie viele Anträge auf Ausreisegewahrsam;
4. wie sich die strukturellen und rechtlichen Unterschiede in der Praxis (auf die umfangreiche wörtliche Wiedergabe gesetzlicher Vorschriften kann verzichtet werden, diese liegen vor) bei der Beantragung von Sicherungshaft gegenüber dem Ausreisegewahrsam darstellen, also beispielsweise in Hinblick auf juristische und tatsächliche Schwierigkeiten, Nachweis-Umfang, zeitlichen Aufwand und dergleichen;
5. welche Probleme sich in der Praxis bei der Beantragung von Sicherungshaft ergeben, ggf. auch solche personeller Art (z. B. Personalmangel bei den Ausländerbehörden);
6. wie viele Abschiebungshaftvollzugsbeamte und wie viele Auszubildende es für die zweijährige Ausbildung im Abschiebungshaftvollzugsdienst gibt;

7. ob und ggf. wie vielen Abschiebehäftlingen zwischen 2016 und aktuell die Flucht aus der Haft oder beim Verbringen von der Haft bis zur Überstellung an die Bundespolizei gelungen ist;
  8. wie viele Abschiebehäftlinge in den Jahren 2019, 2020 und 2021 wieder aus der Abschiebehaft entlassen werden mussten und aus welchen Gründen;
  9. wie sich die Zahlen der Abschiebeversuche, der Abschiebungen und die Gründe für gescheiterte Abschiebungen in den Jahren 2021 und 2022 fortentwickelt haben, bitte in derselben Tabellenform wie in Drucksache 16/9826 Ziffern 5 bis 8 (dort bis 2020);
  10. was beim Scheitern einer Abschiebung unter „höhere Gewalt“ und unter „organisatorischen Gründen“ zu verstehen ist;
  11. warum konkret das Ausbauziel auf 80 Haftplätze bis Ende zweites Halbjahr 2020 nicht erreicht wurde;
  12. warum konkret das Ausbauziel auf 80 Haftplätze auch bis Beginn des ersten Halbjahrs 2023 nicht erreicht wurde;
  13. ob die 16 Plätze für den Ausreisegewahrsam zur Verfügung stehen und ggf. warum nicht;
  14. ob es nun – und aus welchen Gründen – bei den gegenwärtig offenbar 51 Haftplätzen bleibt, oder ob gegenwärtig noch Ausbaumaßnahmen im Gange sind, und mit welchem Ziel;
  15. ob es einen neuen Beschluss der Landesregierung hinsichtlich des Endausbau-Zustands der Abschiebehaftanstalt gibt, und ggf. welchen;
- II. das Abschiebehaftverfahren und die Abschiebehafteinrichtung einer grundlegenden Bestandsaufnahme zu unterziehen mit dem Ziel personeller und materieller Ertüchtigung, um vom Instrument der Abschiebungshaft in deutlich größerem Umfang als bisher Gebrauch machen zu können.

20.2.2023

Baron, Rupp
und Fraktion

Begründung

Die Abschiebungshaft nach § 62 ff. Aufenthaltsgesetz war mehrfach Gegenstand von Anfragen. Insbesondere der Aspekt früherer (nicht eingehaltener) Ankündigungen zum Ausbau der Abschiebehafteinrichtung kam allerdings zu kurz. Dies soll nachgeholt werden, nachdem zuletzt in Drucksache 17/3358 ans Licht kam, dass derzeit (Anfang 2023) 51 Haftplätze zur Verfügung stehen.

Zur Erinnerung: Mitte 2016 hatte der damalige Innenminister Gall den Ausbau von 36 auf 80 Plätze bis Mitte 2018 angekündigt. Minister Strobl hatte im November 2017 gegenüber der Presse auf Ende 2018 vertröstet, und in Drucksache 16/4098 weiter vertröstet auf das zweite Halbjahr 2020, und in Drucksache 16/9826 weiter vertröstet auf das Frühjahr 2022 – und zwar auf 80 Haftplätze plus 16 Plätze für den Ausreisegewahrsam.

Stattdessen stehen zwischen der ersten Ankündigung 2016 und Anfang 2023 statt 80 nur deren 51 Plätze zur Verfügung, also nur lächerliche 15 Haftplätze mehr nach mittlerweile sieben Jahren. Verantwortlicher Innenminister war in fast der gesamten Zeitspanne Minister Strobl. Zeitweise war die Verzögerung mit der Notwendigkeit des Umbaus im laufenden Betrieb begründet worden. Ob es dem Minister peinlich ist, seit sechs Jahren 44 Haftplätze plus 16 Gewahrsamsplätze zu versprechen und nur 15 liefern zu können, ist den Antragstellern nicht bekannt.

Die Abschiebungshaft wurde im Lauf der Zeit immer ausdifferenzierter. Unter Abschiebungshaft werden Vorbereitungshaft, Sicherungshaft und Mitwirkungshaft verstanden, daneben wurde das Instrument des Ausreisegewahrsams (bis zehn Tagen) eingeführt. Die Sicherungshaft ist dabei die „klassische“ Abschiebehaft bis zu sechs Monate mit Verlängerungsmöglichkeit um maximal zwölf Monate mit der zentralen Voraussetzung der Fluchtgefahr.

Dies ist von Relevanz deshalb, weil laut Drucksache 17/3358 – nur zum Beispiel, diese Zahlen lassen sich verallgemeinern – von 3 353 Abschiebeversuchen deren 574 daran scheiterten, dass die Personen nicht angetroffen wurden. Gerade wegen Fluchtgefahr allerdings gibt es das Instrument der Abschiebungshaft überhaupt, und § 62 Absätze 3a und 3b AufenthG geben den Behörden einen ganzen Katalog an Verhaltensweisen zur Hand, die häufig vorkommen dürften (gerade Passunterdrückung, Nichtmitwirkung und dergleichen), und die zur Verhängung von Sicherungshaft berechtigen. Bei Vorliegen der Voraussetzungen IST der Ausländer sogar (zwingend) in Haft zu nehmen. Die gegenwärtigen Zahlen lassen sich nicht mit dieser behördlichen unbedingten Pflicht in Einklang bringen.

Die Zahl der Sicherungshaft-Anordnungen ist derzeit nicht bekannt, allerdings wurde zwischen Januar 2021 und Juni 2022 insgesamt 370 mal vom Ausreisegewahrsam Gebrauch gemacht. Dies dürfte auf die aufwendige Begründung eines Antrags auf Sicherungshaft zurückzuführen sein, wozu die Ausländerbehörden zuständig sein dürften.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 13. März 2023 nimmt das Ministerium der Justiz und für Migration im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,*

I. zu berichten,

- 1. ob in Baden-Württemberg die Ausländerbehörden für die Beantragung von Abschiebungshaft und Ausreisegewahrsam zuständig sind;*
- 2. wenn Ziffer 1 bejaht wird, welche Stellen innerhalb der Ausländerbehörden die juristische Kompetenz für die Beantragung dieser Haftarten beim zuständigen Gericht haben, ob es ggf. spezialisierte Mitarbeiter gibt;*

Zu 1. und 2.:

In Baden-Württemberg sind die Ausländerbehörden für die Beantragung von Abschiebungshaft und Ausreisegewahrsam zuständig. In der Regel werden Abschiebungshaft und Ausreisegewahrsam vom landesweit für aufenthaltsbeendende Maßnahmen zuständigen Regierungspräsidium Karlsruhe beantragt. Dort gibt es aufgrund der landesweiten Zuständigkeit für aufenthaltsbeendende Maßnahmen spezialisierte Juristinnen und Juristen, die für die Beantragung von Abschiebungs-

haft und Ausreisegewahrsam zuständig sind. Diese stehen den unteren Ausländerbehörden bei sämtlichen Fragen zur Verfügung.

3. wie oft in den Jahren 2020 bis 2022 jährlich von Abschiebehaft Gebrauch gemacht wurde bzw. wie viele Abschiebehaftanträge gestellt wurden und wie viele Anträge auf Ausreisegewahrsam;

Zu 3.:

In der Abschiebungshafteinrichtung Pforzheim gab es im Jahr 2020 insgesamt 339 Untergebrachte, im Jahr 2021 insgesamt 418 Untergebrachte und im Jahr 2022 insgesamt 428 Untergebrachte.

Im Jahr 2020 wurden seitens des Regierungspräsidiums Karlsruhe 93 Anträge auf Ausreisegewahrsam und 141 Haftanträge gestellt. Bei weiteren 77 Fällen kann eine nachträgliche Differenzierung nach Ausreisegewahrsams- und Haftanträgen nicht erfolgen, da dies die Sichtung eines jeden Einzelfalles erforderlich machen würde. Dies ist mit einem vertretbaren Verwaltungsaufwand nicht zu leisten.

Im Jahr 2021 wurden seitens des Regierungspräsidiums Karlsruhe 281 Anträge auf Ausreisegewahrsam und 322 Haftanträge gestellt. Bei weiteren 110 Fällen ist, wie bereits zuvor dargelegt, eine nachträgliche Differenzierung nach Ausreisegewahrsams- und Haftanträgen mit vertretbarem Verwaltungsaufwand nicht möglich.

Im Jahr 2022 wurden seitens des Regierungspräsidiums Karlsruhe 292 Anträge auf Ausreisegewahrsam und 367 Haftanträge gestellt.

Bei den genannten Zahlen kann nicht ausgeschlossen werden, dass in einigen wenigen Fällen die Anträge statt vom Regierungspräsidium Karlsruhe von einer unteren Ausländerbehörde gestellt wurden. Die exakte Anzahl kann jedoch nicht benannt werden, da auch in diesen Fällen eine Differenzierung die Sichtung eines jeden Einzelfalles erforderliche machen würde, was mit einem vertretbaren Verwaltungsaufwand nicht leistbar ist.

4. wie sich die strukturellen und rechtlichen Unterschiede in der Praxis (auf die umfangliche wörtliche Wiedergabe gesetzlicher Vorschriften kann verzichtet werden, diese liegen vor) bei der Beantragung von Sicherungshaft gegenüber dem Ausreisegewahrsam darstellen, also beispielsweise in Hinblick auf juristische und tatsächliche Schwierigkeiten, Nachweis-Umfang, zeitlichen Aufwand und dergleichen;

Zu 4.:

Nach den Praxiserfahrungen des zuständigen Regierungspräsidiums Karlsruhe sind die formellen Voraussetzungen, insbesondere auch der Nachweis-Umfang, sowie der zeitliche Aufwand und die Festnahmesituation bei der Beantragung von Sicherungshaft gegenüber dem Ausreisegewahrsam nicht wesentlich höher. In der Praxis führt hauptsächlich die Gewahrsamshöchstdauer von zehn Tagen zu einem merklichen Unterschied, da hierdurch der Festhaltezeitraum begrenzt und eine Verlängerung im Falle einer Verschiebung des Abschiebungstermins regelmäßig ausgeschlossen ist.

5. welche Probleme sich in der Praxis bei der Beantragung von Sicherungshaft ergeben, ggf. auch solche personeller Art (z. B. Personalmangel bei den Ausländerbehörden);

Zu 5.:

Aufgrund der beim Regierungspräsidium Karlsruhe im landesweit tätigen Haftteam eingesetzten Juristinnen und Juristen verfügt die Migrationsverwaltung über die notwendige Expertise zur Bearbeitung von Haftanträgen.

6. wie viele Abschiebungshaftvollzugsbeamte und wie viele Auszubildende es für die zweijährige Ausbildung im Abschiebungshaftvollzugsdienst gibt;

Zu 6.:

Es gibt derzeit 50 Abschiebungshaftvollzugsbeamte und 13 Auszubildende.

7. ob und ggf. wie vielen Abschiebehäftlingen zwischen 2016 und aktuell die Flucht aus der Haft oder beim Verbringen von der Haft zur Überstellung an die Bundespolizei gelungen ist;

Zu 7.:

Seit Inbetriebnahme der Abschiebungshafteinrichtung gab es im Zeitraum 2016 bis heute einen Fluchtfall bei einer externen Arztvorstellung.

Es sind keine Fluchtversuche bei der Zuführung an den Flughafen/Grenzschutzstelle erfolgt.

8. wie viele Abschiebehäftlinge in den Jahren 2019, 2020 und 2021 wieder aus der Abschiebehaft entlassen werden mussten und aus welchen Gründen;

Zu 8.:

Im Jahr 2019 kam es zu 68 Entlassungen, im Jahr 2020 waren es 116 und im Jahr 2021 insgesamt 90 Entlassungen. Es wird statistisch nicht erfasst, aus welchen Gründen eine Person aus der Abschiebungshafteinrichtung entlassen wird. Eine entsprechende Auswertung würde die Sichtung eines jeden Einzelfalles erfordern. Dies ist mit einem vertretbaren Verwaltungsaufwand nicht leistbar.

9. wie sich die Zahlen der Abschiebeversuche, der Abschiebungen und die Gründe für gescheiterte Abschiebungen in den Jahren 2021 und 2022 fortentwickelt haben, bitte in derselben Tabellenform wie in Drucksache 16/9826 Ziffern 5 bis 8 (dort bis 2020);

Zu 9.:

Die angeforderten Zahlen für Baden-Württemberg können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

	2021	2022
Abschiebungsversuche Gesamt	3 352	4 787
Abschiebungen	1 328	1 654
Gründe für das Scheitern einer Abschiebung		
Asylantrag	6	9
Asylfolgeantrag	9	24
nicht angetroffen	574	1 186
medizinische Gründe	37	92
Härtefallkommission	6	3
Petition eingereicht	0	0
Rechtsmittel	56	79
freiwillige Ausreise	37	86
renitentes Verhalten	49	101
familiäre Gründe	52	109
untergetaucht	119	185
höhere Gewalt	91	20
organisatorische Gründe	988	1 239
gescheiterte Abschiebungen Gesamt	2 024	3 133

10. was beim Scheitern einer Abschiebung unter „höhere Gewalt“ und unter „organisatorischen Gründen“ zu verstehen ist;

Zu 10.:

Unter dem Scheitern einer Abschiebung wegen „höherer Gewalt“ ist zu verstehen, dass die Rückführung aufgrund eines nicht abwendbaren Ereignisses nicht durchgeführt werden konnte. Als Beispiele können hier die Flugstornierung wegen Einreisebeschränkungen aufgrund einer pandemischen Lage, wetterbedingter Flugausfall u. ä. genannt werden.

Muss die Planung einer Rückführung abgebrochen oder eine bereits geplante Rückführung storniert werden, weil die Umsetzung der Maßnahme wie ursprünglich geplant organisatorisch nicht umgesetzt werden kann oder verschoben werden muss, wird dies statistisch vom Regierungspräsidium Karlsruhe unter dem Begriff „organisatorische Gründe“ zusammengefasst. Als Gründe können hier genannt werden:

- keine oder nicht rechtzeitige Ausstellung des Reisedokuments/Passersatzpapiers von der Auslandsvertretung des Zielstaates
- fehlende Freigabe oder fehlendes Einvernehmen der zuständigen Staatsanwaltschaft bei Rückführung straffälliger Ausländer
- Stornierung einer geplanten Dublin-Überstellung durch das BAMF
- Verschiebung einer geplanten begleiteten Rückführung durch die Bundespolizei
- kurzfristige Absage einer erforderlichen medizinische Begleitung
- Stornierung eines gebuchten Fluges durch die Luftverkehrsgesellschaft
- Nichterteilung der Landeerlaubnis für eine geplante Chartermaßnahmen durch den Zielstaat

11. warum konkret das Ausbauziel auf 80 Haftplätze bis Ende des zweiten Halbjahr 2020 nicht erreicht wurde;

12. warum konkret das Ausbauziel auf 80 Haftplätze auch bis Beginn des ersten Halbjahres 2023 nicht erreicht wurde;

Zu 11. und 12.:

Das Ausbauziel konnte aufgrund fehlender Planungskapazitäten externer Planungsbüros, ergebnisloser Vergabeverfahren, fehlenden Baumaterials (Lieferschwierigkeiten) und fehlender Fachkräfte in der Ausführung nicht erreicht werden. Insbesondere die Einschränkungen durch die Coronapandemie haben die genannten Probleme zusätzlich verstärkt. Zudem ergaben sich in der laufenden Baumaßnahme weitere Brandschutzerfordernisse und Fragestellungen zur Baustatik, die Verzögerungen verursacht haben.

13. ob die 16 Plätze für den Ausreisegewahrsam zur Verfügung stehen und ggf. warum nicht;

Zu 13.:

Aktuell verfügt die Abschiebungshafteinrichtung Pforzheim über insgesamt 51 Haftplätze, die sowohl für die Abschiebungshaft, wie auch den Ausreisegewahrsam genutzt werden. Die 16 weiteren Haftplätze, die spezifisch für den Ausreisegewahrsam hergerichtet werden sollten, konnten aufgrund der Sanierungsbedürftigkeit des entsprechenden Gebäudeteils noch nicht in Betrieb genommen werden. Hier werden derzeit die zu erwartenden Kosten eruiert. Danach erfolgen Bauantrag, Mittelbereitstellung, Planungs- und Bauphase und abschließend die Nutzung des Gebäudes.

14. ob es nun – und aus welchen Gründen – bei den gegenwärtig offenbar 51 Haftplätzen bleibt, oder ob gegenwärtig noch Ausbaumaßnahmen im Gange sind, und mit welchem Ziel;

Zu 14.:

Die Baumaßnahmen befinden sich derzeit im zweiten Bauabschnitt. Mit der Fertigstellung wird derzeit ab November 2023 gerechnet. Dann werden insgesamt 80 Haftplätze zur Verfügung stehen. Es ist allerdings zu beachten, dass im November 2023 der dritte Bauabschnitt in dem derzeit belegten Bereich beginnt. Dadurch werden voraussichtlich für ein Jahr 14 Haftplätze zur Nutzung entfallen. Somit werden tatsächlich 66 Haftplätze zur Verfügung stehen. Nach Abschluss aller Baumaßnahmen sollen dann im November 2024 alle 80 Haftplätze verfügbar sein.

15. ob es einen neuen Beschluss der Landesregierung hinsichtlich des Endausbau-Zustands der Abschiebehafteinrichtung gibt, und ggf. welchen;

Zu 15.:

Einen solchen Beschluss gibt es nicht.

II. das Abschiebehaftverfahren und die Abschiebehafteinrichtung einer grundlegenden Bestandsaufnahme zu unterziehen mit dem Ziel personeller und materieller Ertüchtigung, um vom Instrument der Abschiebungshaft in deutlichen größerem Umfang als bisher Gebrauch machen zu können.

Zu II.:

Im Rahmen eines effektiven Rückkehrmanagements werden u. a. sowohl das Verfahren zur Beantragung von Abschiebungshaft als auch die Abschiebungshafteinrichtung Pforzheim selbst kontinuierlich, insbesondere auf mögliches Optimierungspotenzial überprüft. Das Ministerium der Justiz und für Migration befindet sich stets im engen Austausch mit den zuständigen Behörden. Sollten Verbesserungsbedarfe festgestellt werden, wird schnellstmöglich an der Optimierung bzw. Lösung etwaiger bestehender Probleme, gegebenenfalls auch unter Einbeziehung des Bundes, gearbeitet. Aus Sicht der Landesregierung sind sowohl die zuständigen Mitarbeitenden in den Ausländerbehörden bzw. in der Abschiebungshafteinrichtung Pforzheim als auch die Einrichtung ausreichend in der Lage, um im erforderlichen Umfang vom Instrument der Abschiebungshaft als ultima ratio Gebrauch machen zu können. Eine grundlegende Bestandsaufnahme wird daher nicht für notwendig erachtet.

Gentges
Ministerin der Justiz
und für Migration